

2007-11-12

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

### über die Sitzung des Stadtrates am 24.10.2007

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr

**Sitzungsende:** 18:00 Uhr

**Sitzungsort:** Ratssaal

**Leitung der Sitzung:** Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender  
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter  
Frau Storz 2. Stellvertreterin

**Anwesend:** **Soll: 50** **Ist: 44**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

#### **Es fehlten:**

##### **Fraktion der CDU**

Brumme, Kurt  
Pohl, Hans-Werner  
Weber, Hendrik

##### **Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**

Ehlert, Heidemarie

##### **Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES**

##### **FORUM**

Schröter, Steffen

##### **Mitglied Freie Wähler**

Göricke, Hagen

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, eröffnete die Sitzung, stellte die form- und fristgerechte Ladung zur heutigen Stadtratssitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## 2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 37:00:00

## 3. Genehmigung der Niederschrift vom 19.09.2007

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:** 37:00:00

## 4. Berichte des Oberbürgermeisters

### 4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

**Herr Oberbürgermeister Koschig** berichtete, der Deutsche Städtetag begeht am 25.10.2007 in Berlin mit einem Festakt den 250. Geburtstag von Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein. Die Festansprache hält der Bundespräsident.

In der Vorstellung der Person des Herrn vom Stein legte Herr Oberbürgermeister Koschig dar, dass dieser nach seinem Studium in den preußischen Staatsdienst trat und bis 1796 zum Oberkammerpräsidenten und damit Verwaltungschef aller preußischen Gebiete in Westfalen und am Niederrhein aufstieg. Über seine laufenden Geschäfte hinaus bemühte er sich um die Erhaltung und Erweiterung der städtischen Selbstverwaltung, um eine wirksamere Staatsverwaltung durch größere Selbstständigkeit der Mittelinstanzen und bessere Qualifikation der Beamten zu erhalten. Er rief dazu auf, den preußischen Staat durch Gebiets-, Verfassungs- und Verwaltungsreformen zu modernisieren und auf diese Weise die „nationale Unabhängigkeit“ gegen das revolutionäre Frankreich zu sichern. Er war der Exponent einer starken Reformströmung; scheiterte jedoch zunächst in Berlin mit seinen Auffassungen. Nach dem Zusammenbruch Preußens 1806/1807 wurde er erneut nach Berlin berufen und übernahm im Oktober 1807 als leitender Minister die Staatsgeschäfte. In einer kurzen Zeitspanne wurden die rechtlichen und verwaltungsmäßigen Grundlagen für jene Reformmaßnahmen geschaffen, die unter der Bezeichnung „Stein-Hardenbergsche Reformen“ in die Geschichtsbücher eingegangen sind.

In seiner vor 200 Jahren, im Juni 1807 verfassten Nassauer Denkschrift legte vom Stein seine Jugendgedanken dar, den Staat von unten wieder aufzurichten. König und Adel sollten nicht wie in Frankreich entmachtet, sondern durch eine selbstbewusste, sich zum großen Teil selbst verwaltende Bürgerschaft relativiert werden. Konkret wurden die Reformen in der Städtereform von 1808. Zwei Punkte sind hierbei ausschlaggebend, die Einführung der Wahl der Stadtämter und die Magistratsfunktion. Der Magistrat hatte die Obhut über städtische Einnahmen und Ausgaben sowie Mitspracherecht bei vielen Angelegenheiten.

Heute noch basiert die kommunale Selbstverwaltung Deutschlands auf den von vom Stein vorangetriebenen Prinzipien: Satzungshoheit, Organisationshoheit, Gebietshoheit, Personalhoheit mit der eigenverantwortlichen Wahl der Schlüsselpositionen, Finanzhoheit und die Planungshoheit zur Raumplanung.

Das Gedenken gilt ihm als Vater der kommunalen Selbstverwaltung. Auch wenn es immer wieder in der deutschen Geschichte Versuche gab, diese auszuhöhlen, in der Nazizeit und in der DDR war sie abgeschafft, so entstand sie stets aufs Neue. Sie ist die Grundlage unseres Staates und bildet ein nicht zu verkennendes Fundament für Demokratie und Freiheit in unserem Lande.

Herr Oberbürgermeister Koschig betonte, mit der Kommunalverfassung vom 17. Mai 1990 wurde sie in Sachsen-Anhalt selbstbewusst wieder erlangt. Man sollte sie stets wertschätzen und alle Versuche, sie uns wieder zu nehmen, vehement abwehren. Oft genug steht das Konnexitätsprinzip nur auf dem Papier, fühlen sich die Kommunen bei den Beratungen im Bundestag und mehr noch im Bundesrat, wo die Landesregierung auch für ihre Rechte ein zu stehen hat, allein und verlassen. So sei der Ruf von kommunaler Seite nach einer dritten, einer Gemeindekammer, oder einem Vetorecht wie in Österreich gegen Bundes- und Landesgesetze, die die Gemeinden unzulässig beschweren, nicht verwunderlich.

Jüngste Beispiele sind die Kürzung der Bundesmittel zur Beteiligung an den Unterkunftskosten um 400 Mio. €, die unseren Haushalt in Dessau-Roßlau um eine knappe Mio. € zusätzlich belasten, oder die Mittelfristplanung des Ministeriums für Finanzen unseres Landes, in der eine Absenkung der Verbundquote bis 19 % angekündigt wird. Das würde bedeuten, dass wir schon ein Jahr nach unserer Haushaltskonsolidierung 2016 erneut in ein neues Defizit fallen werden. Deshalb hat das Präsidium des Deutschen Städte- und Gemeindebundes im Sommer 10 Erwartungen der Städte und Gemeinden zur Föderalismusreform II beschlossen. Gleich an erster Stelle stehe das genannte Anhörungsrecht der kommunalen Spitzenverbände im Gesetzgebungsverfahren.

Zufrieden könne man mit der ausdrücklichen Erwähnung der lokalen Selbstverwaltung als Bestandteil der von der Europäischen Union zu achtenden Identität der Mitgliedsstaaten sein. Dies war ein zentrales Anliegen der deutschen Städte. Der EU-Reformvertrag von Lissabon bietet gute Voraussetzungen, ihn den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort besser vermitteln zu können und die Akzeptanz der Europäischen Union bei unseren Mitbürgern zu stärken.

An dieser Stelle gratulierte **Herr Oberbürgermeister Koschig** Frau Carola Lakotta-Just ganz herzlich zu ihrer Ehrung mit dem Bundesverdienstkreuz. Sie ist eine Bürgerin unserer Stadt, die sich gerade den Europagedanken ganz persönlich auf die Fahne geschrieben hat. Wir können auf unser Europazentrum, auf unsere Europaschule sehr stolz sein. Sein Glückwunsch gelte auch Frau Ljuba Schmidt, die zur gleichen Zeit von unserem Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz verliehen bekommen hat.

In seinem Bericht führte Herr Oberbürgermeister Koschig folgende wesentliche Ereignisse und Angelegenheiten der Stadt an:

- Nach der Genehmigung der Hauptsatzung durch das Landesverwaltungsamt erfolgte bzw. erfolgt die Veröffentlichung in der Mitteldeutschen Zeitung sowie im Amtsblatt. Herr OB Koschig erinnerte an die Bitte, Zuarbeiten zur Überarbeitung der Hauptsatzung bis zum 30.10.2007 an das Stadtratsbüro zu geben.
- Des Weiteren habe er entsprechend des Ratsbeschlusses bei der Regionalen Planungsgemeinschaft den Antrag zur Änderung des Namens der Regionalen Pla-

nungsgemeinschaft gestellt. Dieser Antrag wird in der Regionalversammlung am 23. November behandelt.

- Über das Ergebnis der Tarifvertragshandlungen hier im Hause hatte Herr OB Koschig in der letzten Sitzung informiert, inzwischen ist die Einwendungsfrist abgelaufen und der Vertrag kann zum 1. November in Kraft treten.
- Die Gemeinde Horstdorf hat am 7. Oktober 2007 bei einem nochmaligen Bürgerentscheid den Behalt ihrer Selbstständigkeit mit großer Mehrheit entschieden.
- Am 22. Oktober gab es ein Gespräch der Bürgermeister von Wörlitz und Vockerode mit Landtagsabgeordneten unserer Region zum weiteren Vorgehen im Zusammenhang mit der Eingemeindung der beiden Gemeinden in die Stadt Dessau-Roßlau. Die beiden Gemeinden müssen beim Landkreis Wittenberg einen Auskreisungsantrag stellen. Der alte Antrag ging an den Landkreis Anhalt-Zerbst und der Kreistag hatte sich seinerzeit als für nicht mehr zuständig erklärt. Herr Oberbürgermeister Koschig habe in der Zwischenzeit bei Mitgliedern des Kreistages Wittenberg um Unterstützung unseres Ansinnens der Eingemeindung der beiden Gebietskörperschaften in unsere Stadt geworben.
- In der Zwischenzeit gab es zu dem Einzelhandels- und Zentrengutachten eine gemeinsame Beratung von Arbeitskreis und Beirat. An beiden Gutachten wird gearbeitet. Ende November wird über das Ergebnis des Einzelhandelsgutachtens informiert.
- Die Konsument Dessau GmbH hat für den 5. November den Baubeginn ihres Vorhabens an der Museumskreuzung angekündigt.
- Am 18. Oktober fand in der Geschäftsstelle der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau eine Veranstaltung „IHK vor Ort“ statt, welche zur Zeit in allen neuen Gebietskörperschaften des Kammerbezirks durchführt wird.
- Am 24. September fand für die Sekundarschule Zoberberg die Rezertifizierung als „Gesundheitsfördernde Schule“ durch den Kultusminister Prof. Olbertz statt.
- Gemeinsam mit unserem Bundestagsabgeordneten, Herrn Pätzold, konnte am 26. September im Bürger-, Bildungs- und Freizeitzentrum das Mehrgenerationenhaus eröffnet werden.
- Zwei Tage später hat der Staatssekretär Anzinger vom Sozialministerium der ARGE Dessau-Roßlau einen Besuch abgestattet. Die Stadt wurde durch den amtierenden Dezernenten, Herrn Wolfram, vertreten.
- Am 10. Oktober wurde im Bildungs- und Erziehungszentrum der Grundschule Ziebigk ein Infozentrum des Heimatvereins Ziebigk eröffnet.
- Am 20. Oktober konnte der Spielmannszug Blau-Weiß Roßlau sein neues Vereinsheim in der ehemaligen Obdachlosenunterkunft in der Magdeburger Straße einweihen.
- Zur Fortführung des Optionsmodells verwies Herr OB Koschig auf das Antwortschreiben an Herrn Stadtrat Gebhardt vom 15. Oktober, was allen Stadträten vorliegt.
- Im Ergebnis von 503 Eignungsfeststellungsverfahren in unserer Stadt wurden 250 Schüler der Schulform Sekundarschule und 253 Schüler der Schulform Gymnasium zugewiesen.
- Zum **Baugeschehen** informierte Herr OB Koschig, man habe heute Aufwertungsmittel für den Stadtumbau Ost in Höhe von 4,1 Mio. € Fördermittel bekommen. Sie gelten für das Jahr 2007 und Folgejahre, womit man Planungssicherheit für unsere Maßnahmen zur Internationalen Bauausstellung 2010 habe.
- Am 13. Oktober konnte man bei sehr großer Resonanz die BMX-Strecke des ehemaligen Kohlehandels einweihen.

- Zur Vorlage 76, Eröffnung Aufhebungsverfahren für den B-Plan Nr. 1 der ehemaligen Gemeinde Kleutsch „Schäferbreite“ erfolgte die Bekanntmachung im Amtsblatt Oktober.
- Das Ergebnis der Abwägung der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Stellungnahmen zum Entwurf des B-Planes Nr. 101, Gewerbegebiet Dessau-Mitte – Teilgebiet D/D1, Vorlage 96, wurde mit Schreiben vom 01.10.2007 mitgeteilt.
- Das Büro für Siedlungserneuerung wurde am 20. September mit der Öffentlichkeitsarbeit für den Stadtumbau Ost beauftragt.
- Zur Umbenennung Streetzer Weg im Ortsteil Tornau wurde der Antragsteller Impfstoffwerk Tornau über den Ratsbeschluss mit Schreiben vom 25. September informiert. Die Bekanntmachung erfolgte im Amtsblatt Oktober. Herr Ortsbürgermeister Rumpf hat mitgeteilt, dass das Straßennamenschild im Zeitraum der 43. - 45. KW ausgewechselt werde. Die betroffenen Behörden, Institutionen und Versorgungsträger wurden mit einem Anschreiben gesondert informiert. Die Adressänderungen sind bisher laut Einwohnermeldeamt nicht vorgenommen worden. Diesbezügliche Probleme wurden in der örtlichen Verwaltung Rodleben nicht vorgetragen.
- Zum Sachstand Maßnahmebeschluss Meisenweg vom 19. September wurde dargelegt, dass die DESWA GmbH Auftraggeber für die Maßnahme Regenwasseranteil am Mischwasserkanal Meisenweg ist. Der Baubeginn war Ende Juli 2007. Derzeit werden Arbeiten zwischen Amsel- und Drosselweg durchgeführt. Die technische Abnahme des Kanals, Trinkwasserleitung, einschließlich Hausanschlüsse ist für den 8. November geplant. Bis zum 23. November sollen die Asphaltarbeiten abgeschlossen und anschließend durch das Tiefbauamt abgenommen werden.
- Die weitere Verfahrensweise zum Maßnahmebeschluss Orangeriestraße wurde in zwei Tischvorlagen dem Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 9. Oktober vorgetragen. Die Arbeitsrichtung wurde vom Ausschuss bestätigt. Die Abstimmung mit der Fördermittelstelle ergab, dass der Stadt Dessau-Roßlau nach dem Entflechtungsgesetz ein jährliches Fördermittelbudget von ca. 1,5 Mio. € zur Verfügung steht. Darüber hinaus können keine zusätzlichen Mittel in Aussicht gestellt werden. Die Verwaltung erarbeitet z. Z. eine Prioritätenliste in Vorbereitung auf die abschließende Entscheidung zum Einsatz der verfügbaren Fördermittel.
- Bezüglich der Lärmkartierung gemäß 34. BimSchV für die Städte Dessau und Roßlau ist als nächster Schritt die Information der Öffentlichkeit erforderlich. Die entsprechende Veröffentlichung erfolgte im Oktober im Amtsblatt. Weiterhin wurde die landeseinheitliche Veröffentlichung aller Lärmkarten über das Internetportal des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt vorbereitet. Über einen Link auf der Umweltseite der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau wurden die Informationen der Lärmkarten der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. In den Lärmkarten sind für alle betroffenen Straßenabschnitte die Lärmpegel durch Verkehrslärmbelastigung dargestellt. Mit diesen Karten liegen objektive Daten vor, die eine Prioritätensetzung für Lärmschutzmaßnahmen erlauben und eine Überprüfung der Lärmentwicklung zulassen. Damit sind die Grundlagen für den nächsten Schritt in der Lärminderungsplanung geschaffen. Die Stadt Dessau-Roßlau ist jetzt verpflichtet, bis zum 18. Juli 2008 Aktionspläne zur Lärminderung aufzustellen. In diesen Lärmaktionsplänen sollen konkrete Maßnahmen entwickelt und aufgezeigt werden, wie der Lärm im Umfeld stark belasteter Straßen vermindert werden kann. Bis zum 30. Juni 2012 und danach alle 5 Jahre sind gemäß § 47c Abs. 1 Satz 2 BimSchG Lärmkarten für alle Hauptverkehrsstraßen mit einem Verkehrsaufkommen

von über 3 Mio. Kraftfahrzeugen pro Jahr zu erstellen. Die Lärmaktionsplanung ist dann bis zum 18. Juli 2013 durchzuführen.

Zu wichtigen **Kulturereignissen** wurde ausgeführt,

- vom 21. bis 23. September wurde des 500. Geburtstages von Fürst Georg dem III. Gottseeligen in einer gemeinsamen Veranstaltung der Evangelischen Landeskirche Anhalts und der Stadt Dessau-Roßlau mit ca. 1.500 Besuchern gedacht. Es gab einen Festakt in Anwesenheit des Kultusministers und Schirmherrn des Jubiläums, einen Festgottesdienst und Theateraufführung in der Marienkirche. Am Sonnabend wurde ein Kolloquium im Gemeinde- und Diakoniezentrum St. Georg mit namhaften Wissenschaftlern aus ganz Deutschland durchgeführt. Es gibt eine Sonderausstellung über Georg III. bis zum 18. November im Museum für Stadtgeschichte. Diese Jubiläumsfeier ist für uns Eröffnung und Auftakt der Dekade zum Reformationsjubiläum im Jahre 2017.
- Am 13. Oktober wurde an den Schriftsteller Wilhelm Bartsch aus Halle der diesjährige Wilhelm-Müller-Preis durch den Kultusminister Prof. Olbertz in der Anhaltischen Gemäldegalerie Schloss Georgium vergeben.  
Am Abend des gleichen Tages fand in der Marienkirche mit Mitgliedern des Opernchores des Anhaltischen Theaters ein Benefizkonzert zugunsten der Telefonseelsorge statt. Es ist ein Beispiel für ehrenamtliches Engagement, der Erlös betrug rund 600 €.
- Herr OB Koschig lud die Stadträte zur Eröffnung der Sonderausstellung „Eisenkunstguss-Sammlung Barth“ am 25. Oktober, 17.00 Uhr, in die Marienkirche ein. Im Johannbau, im Museum für Stadtgeschichte, wird eine Auswahl der Sammlung von Barth bis voraussichtlich 6. Januar 2008 präsentiert.  
Einladen wollte Herr Oberbürgermeister Koschig auch zum gemeinsamen Gedenken der Pogromnacht 1938 am 9. November, 12.00 Uhr, an der Stele. Weil der Sabbat mit dem Sonnenuntergang beginnt, wurde das Gedenken auf die Mittagsstunde im Einvernehmen mit der Jüdischen Gemeinde vorgezogen. Seit gestern hat die Stele in der Nacht eine sehr schöne indirekte Beleuchtung.
- Zum **Bereich Sport** verwies Herr OB Koschig auf den am 23. September stattgefundenen 9. internationalen Dessauer City-Lauf mit Start und Ziel am Fürst-Leopold-Carré. Bei hochsommerlichem Wetter war es eine großartige Breitensportveranstaltung mit einer Streckenführung von 2 km durch unsere Innenstadt. Auch in diesem Jahr gab es eine tolle Resonanz. Insgesamt nahmen 1.478 Läuferinnen und Läufer, Walker und Geher teil. Besonders hoch war der Anteil an Kindern und Jugendlichen aus unseren Schulen und Sportvereinen. Bemerkenswert sei für Herrn Koschig, dass auch viele Auswärtige gekommen waren, besonders um an der 10-km-Strecke teilzunehmen. Sie kamen aus Leipzig, Berlin, Stuttgart, Wolfsburg und weiteren Städten. Der Dessauer City-Lauf ist die größte Breitensportveranstaltung in Dessau-Roßlau. Der neue Termin für das Jahr 2008 steht auch schon fest, das ist Sonntag, der 14. September.
- Die scheidenden **Senioren- und Behindertenbeauftragten** unserer Stadt wurden aus ihren Ämtern verabschiedet und haben aus diesem Anlass für ihre Verdienste in Zusammenarbeit auch mit der Verwaltung die Rathausmedaille erhalten. Auch dem scheidenden **Polizeidirektor** Kohl habe Herr OB Koschig zum Abschied für die gute Zusammenarbeit mit den Ämtern unseres Hauses gedankt und die Rathausmedaille verliehen. Herr Kohl wechselt nach Köthen, um dort das größte neue Polizeirevier im Bereich der Polizeidirektion Dessau-Roßlau aufzubauen. Herr OB Koschig habe den neuen Revierleiter, Herrn Berger, auch schon begrüßen können.

- Am 15. Oktober besuchte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bau und Verkehr, Herr Kasparick, in Begleitung unseres Bundestagsabgeordneten Wistuba die Stadt. Sein Angebot zur Unterstützung des Aufbaus und unseres Alleinstellungsmerkmals werden wir sehr gern annehmen.
- Eine sehr schöne Veranstaltung gab es im Rahmen der interkulturellen Woche, welche in der Zeit vom 21. bis 28. September stattfand.
- Vom 23. bis zum 28. September hatten 38 Senioren aus der Partnerstadt Argenteuil ein sehr umfangreiches Besuchsprogramm in Dessau-Roßlau zu absolvieren und fühlten sich sehr wohl.
- Gern werde man sich auch an die Sendung „Musik für Sie“ erinnern, welche am 28. September vom MDR im Glaspalast aufgezeichnet und am 30. September ausgestrahlt wurde. Sie war eine gute Publicity für unsere Stadt.
- Am 11. Oktober wurde Herr Schönemann als Ortsbürgermeister feierlich vereidigt.
- Vom 22. bis 23. Oktober weilte auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung und unseres Landtagsabgeordneten Kurt Brumme eine Delegation der American Jewish Community in unserer Stadt, die wichtige und schöne Eindrücke nach Amerika mitnehmen konnte.
- Am 3. Oktober, unserem Tag der Einheit, fand wieder auf Einladung der CDU eine ökumenische Andacht an der Friedenglocke mit einer recht guten Resonanz statt. Herr OB Koschig regte an, künftig diesem Tag mit einer gemeinsamen Veranstaltung zu gedenken.

Abschließend zitierte Herr Oberbürgermeister Koschig unseren Ministerpräsidenten, Herrn Prof. Böhmer, aus seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit:

„Wenn wir nur halb so viel Zeit damit verbringen würden, uns die positiven Seiten der deutschen Wiedervereinigung vor Augen zu halten, wie wir dafür aufwenden, die negativen zu betonen, dann könnte der Vereinigungsprozess auch unter uns so bewertet werden, wie er dies seitens des Auslandes schon länger wird: als großartige, menschliche, wirtschaftliche und finanzielle Leistung aller Bürgerinnen und Bürger Deutschlands.“

Dem fügte Herr OB Koschig nichts hinzu und wünschte noch einen erfolgreichen Sitzungsverlauf.

#### **4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

**Herr Oberbürgermeister Koschig** verwies in seinem Bericht auf den nicht öffentlich gefassten Beschluss vom 19. September 2007 „Öffentlichkeitsarbeit Stadtumbau Ost“.

#### **5. Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

#### **6. Öffentliche Anfragen und Informationen**

##### **6.1 Kurzanalyse der Ursachen für die Ergebnisse der Jahresrechnung 2006 im Haushaltsvergleich Vorlage: DR/IV/014/2007/II-20**

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

## 6.2 Verwaltungshaushalt Jahresrechnung 2006 Feststellung des Ergebnisses Vorlage: DR/BV/079/2007/II-20

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

## 6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

**Frau Lütje, SPD-Fraktion**, richtete ihre Anfrage bezüglich der Kinderbetreuungskosten an das Jugendamt bzw. den Jugendhilfeausschuss. Die Fraktion habe eine E-Mail von besorgten Eltern mit zwei (bald 3) Kindern erhalten, welche Auskunft erbaten, da ihnen bekannt wurde, dass die Kinderbetreuungskosten aufgrund der EU-Richtlinien verändert werden und damit die Geschwisterermäßigung wegfallen.

In der Presse spiegeln sich dazu sehr unterschiedliche Dinge wider, erklärte **Herr Wolfram, amt. Dezernent für Bildung, Jugend und Soziales**. Er bestätigte, dass es ein Urteil des OVG Magdeburg gibt, welches umgesetzt werden muss. Darin heißt es „entscheidet sich der Satzungsgeber bei der Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Kindertageseinrichtungen für eine Staffelung der Elternbeiträge, hat er dabei kumulativ die Merkmale Einkommensgruppen und Kinderzahl oder Zahl der Familienangehörigen zu berücksichtigen“, das heißt, es ist eine Einkommensprüfung durchzuführen. Bei der Anzahl der Kindertagesplätze ist das ein immenser Verwaltungsaufwand. Im Zusammenhang damit wurde gemäß der Auseinandersetzungsvereinbarung mit den umliegenden Landkreisen festgelegt, grundsätzlich eine Anpassung der Satzung Dessau-Roßlau vorzunehmen. Die Satzung und die Erhebung der Beiträge sind z. Z. in Arbeit und befinden sich in der Mitzeichnungsphase der Verwaltung. Man werde dies im Unterausschuss und Jugendhilfeausschuss beraten und dann den besten Weg für die Bürgerinnen und Bürger - natürlich in Abhängigkeit der Kassenlage - festlegen. Im Stadtrat werde die Beschlussfassung voraussichtlich im I. Quartal 2008 sein. Hinsichtlich der Beantwortung der Anfrage der genannten Bürger, welche ihm in Kopie vorliege, könne gesagt werden, zurzeit gelten die durch die Stadträte von Dessau und Roßlau beschlossenen Satzungen weiter.

Nach dem Artikel in der MZ ergebe sich für die **Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM** hier nochmals Bedarf, zum Änderungsantrag vom 19.09. Stellung zu nehmen, führte **Herr Tonndorf** aus. Die Fraktion sei der Meinung, dass das Baudezernat, hier das Tiefbauamt, nicht den Intentionen entspricht, die man mit dem Antrag verbunden hatte. Der Änderungsantrag machte die Absicht deutlich, einen Weg zu finden, die fehlenden 560 m der B 185 zwischen den Einmündungen Lichtenauer Straße und Philipp-Müller-Straße in einem Zuge mit der vorgesehenen Baumaßnahme auszubauen. Ziel ist, eine erneut notwendige Umleitung zu einem späteren Zeitpunkt zu vermeiden. Die planerischen Vorgaben des Tiefbauamtes, den Bauabschnitt im Anschluss an das Bauvorhaben Knoten Orangeriestraße/Hanfgarten/Anhalter Straße durchzuführen und die Umleitungsphase damit zu verlängern, verwässert die Absichten der Fraktion und verkehrt sie zum Teil sogar ins Gegenteil. Zwei zeitlich versetzte oder nacheinander erfolgende Umleitungen bringen für die betroffenen Bewohner der Ortsteile Mosigkau und Kochstedt letztendlich exakt die gleichen Unannehmlichkeiten mit sich.



Seine Fraktion wolle den Ausbau von 560 m Bundesstraße zusätzlich, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Wer übrigens die 760 m in der Presse lanciert hat, sollte sich im Kartenlesen üben.

Der erste Schock, den die Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM einstecken musste, waren die zusätzlichen 1,35 Mio. €, die für die Umsetzung des Vorschlages ermittelt wurden. Es geisterten Erfordernisse wie zwei Kreuzungsbereiche, begleitender Fahrradweg, Linksabbiegespur, notwendiger Flächenaufkauf, Planfeststellungsverfahren, Ausgleichsmaßnahmen zur Begrünung durch Ausschüsse und Presse. Aber dieses Aufsatteln notwendiger und nicht notwendiger Maßnahmen lasse gewollt oder ungewollt den Eindruck entstehen, dass der Änderungsantrag der Fraktion wenig durchdacht, ja blauäugig oder nicht durchführbar sei.

Aus diesem Grund stellte Herr Tonndorf zunächst nochmals die Tatsachen dar:

- Die zwischen Junkerspark und Einmündung Philipp-Müller-Straße ausgebaute B 185, die Köthener Straße, hat eine vermessene Fahrbahnbreite von 8,20 m und verengt sich etwa 50 m vor der genannten Einmündung auf die unausgebauten 6,40 m. Der Unterbau ist jedoch bereits bis zur Einmündung für die fortsetzende Verbreiterung der Straße ausgebaut. Abgeschlossen ist auch der Ausbau der Einmündung Philipp-Müller-Straße, zumindest was den rechts abbiegenden Verkehr aus Richtung Alten betrifft. Anschließend, und dies sei eigentlich nur der Vorschlag, müssen nun 560 m Straße in Unterbau und Decke auf 8,20 m verbreitert werden. Dies kann keine 1,35 Mio. € kosten und muss nicht erst im Anschluss an die Baumaßnahme erfolgen. Unter Umständen ist es sogar möglich, für den Hocheinbau die Erfahrungen des 1. Bauabschnittes zu nutzen und es in einem verkürzten Planungsverfahren in Anwendung zu bringen.
- Zu den notwendigen Flächenaufkäufen: Nach dem Augenschein und der Lage der Grenzsteine sollte das Flurstück der derzeitigen Fahrbahn und deren Ränder eine Verbreiterung auf 8,20 m zulassen. Flächenankauf sei vermutlich nur für die Anlage der Straßen begleitenden Radwege erforderlich.
- Betreffs der zwei Kreuzungsbereiche führte Herr Tonndorf aus, die Einmündung Lichtenauer Straße in die Köthener Straße ist in dem beschlossenen Bauvorhaben Orangeriestraße/Hanfgarten/Anhalter Straße bereits enthalten. Die Einmündung Philipp-Müller-Straße ist zum großen Teil ausgebaut. Somit sind es nicht zwei zusätzliche Kreuzungsbereiche.
- Zu den die B 185 begleitenden Radfahrwegen: Das derzeit von den meisten Mosigkauer Bürgern praktizierte Abbiegen von der Köthener Straße in die Philipp-Müller-Straße macht den Mosigkauern wenig Kummer, sei allerdings für Fahrradtouristen unangenehm und wenig übersichtlich. Darum sind auch wir für einen die Bundesstraße begleitenden Radweg, aber der Bau müsse nicht unmittelbar und sofort erfolgen. Er könne in die Planung einbezogen werden. Die Realisierung könne später z. B. im Anschluss an den Straßenbau erfolgen, macht aber eine weitere Umleitung des Straßenverkehrs nicht zwingend erforderlich.
- Planfeststellungsverfahren: Diese sind nur für die angekauften Grundstücke, also für den hinzu zu kaufenden Fahrradweg erforderlich und entfallen sogar völlig, wenn Einvernehmen mit dem entsprechenden Eigentümer erzielt worden ist.
- Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen: Diese betreffen für neu versiegelte Flächen nur den Radweg. Außerdem sollte hier das Punktekonto aus der Renaturierung durch den Stadtumbau Ost eine Gegenrechnung möglich machen.

- Linksabbiegespur: Linksabbiegende Fahrzeuge in der Philipp-Müller-Straße können wohl nur aus Richtung Kochstedt oder aus Mosigkau selbst kommen. Warum sollte ein Autofahrer zwei deutliche Spitzkehren, denn solche sind es, auf sich nehmen? Die Antwort ist, weil er nicht 300 m weiter einfach rechts abbiegt, was am Zustand der dort zu erschließenden Straßen, nämlich der Anhalter Straße und der innerörtlichen Philipp-Müller-Straße liegt. Wenn diese Straßen halbwegs in einem baulich ordentlichen Zustand wären, könnte man in der Köthener Straße sogar das Linksabbiegen verbieten. Ein Verbotsschild sei allemal preisgünstiger, als eine anzulegende Linksabbiegerspur.

Eine von Herrn Tonndorf kurzzeitig selbst durchgeführte Verkehrsbeobachtung an der Einmündung brachte die Erkenntnis, dass hier zwar Fahrzeuge links abbiegen, aber die Ursache woanders liege. In keinem Fall entstanden ein Rückstau von Fahrzeugen, die aus Mosigkau kamen, oder andere Verkehrsbehinderungen. Selbstverständlich haben diese Beobachtungen keine Signifikanz, dennoch sollte man hier die Notwendigkeit der Linksabbiegespur gründlich überlegen.

**Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** unterbrach Herrn Tonndorf und gab den generellen Hinweis, es könne in dem Tagesordnungspunkt nicht darum gehen, Ratsbeschlüsse aus vergangenen Sitzungen in irgendeiner Form zu kommentieren.

Es gehe nur darum, dass Beschlüsse des Stadtrates umgesetzt werden, entgegnete **Herr Tonndorf, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**. Der Änderungsantrag lautete anders, was erklärt werden musste.

**Herr BM Gröger** legte dar, um auf jeden einzelnen Punkt der Mitteilungen von Herrn Tonndorf einzugehen, müsste man eine technische Konferenz durchführen, wie am besten, am zeit- und kostengünstigsten der Straßenbau an der B 185 zu betreiben ist. Fest steht, dass der Beschluss, der hier vor vier Wochen gefasst wurde, in seiner vollen Gänze aufgenommen und danach gearbeitet wird. Das mache er an folgenden Punkten fest, damit nicht der Eindruck entsteht, dass dieser Rat Beschlüsse fasst und die Verwaltung unterläuft diese. Der Beschluss ist so im Baudezernat angekommen und man habe ihn so auch bearbeitet, wie er gefasst wurde, nämlich für die planerischen Vorleistungen, die für eine Bundesstraße in jedem Falle notwendig sind, Sorge zu tragen. Hier brauche man zumindest die Abstimmung mit den übergeordneten Behörden, wenn kein Planfeststellungsverfahren, aber doch die Feststellung, dass das Planverfahren in Ordnung ist, wenn es dann schon nicht um Eigentumsfragen geht. Wir brauchen eine saubere Planung. Diese Planung ist in Auftrag gegeben und daran wird gearbeitet.

Weiterhin halte Herr Gröger es für nicht besonders förderlich, über die Presse eine Diskussion anzufangen, 200 m Straße seien verschwunden. Es sind keine 200 m Straße verschwunden, sondern es sind eben insgesamt diese 720 m. Wenn man den Planfeststellungs- bzw. den Maßnahmebeschluss des ersten Bauabschnittes mit dem, was im 2. Bauabschnitt notwendig ist, vergleicht, stellt man fest, dass es sich tatsächlich um 720 m handelt. Zur finanziellen Sicherung wurde bereits im April dieses Jahres, noch lange bevor wir den Maßnahmebeschluss für den ersten Bauabschnitt diskutiert haben, der Antrag auf Einordnung der notwendigen finanziellen Mittel für 2009 gestellt. Dass wir den Förderbescheid noch nicht haben, auch daran ist gearbeitet worden. Es gibt intensive Kontakte mit dem Landesverwaltungsamt und dem zuständigen Referat im Landesbauministerium, um sicherzustellen, nicht nur zeitnah, sondern in direkter An-

bindung oder sogar Dopplung die finanziellen Mittel aufzubringen. Wir können aber keine Planung auf den Weg bringen, die fragmentarisch ist. Das ist nicht durchzustehen und man kann auch keine Kostensicherheit hineinbringen. Zu den Kosten könne man sich natürlich in einer frühen Phase, wo die Planer mit der Phase 1 und 2 befasst sind, trefflich darüber streiten, ob das soviel oder soviel ist. Aber fest stehe, es liege eine Kostenaufstellung eines renommierten Dessauer Planungsbüros vor, die also mehr geplant haben, als nur diese eine Straße, abgeprüft durch die Fachleute des Tiefbauamtes, dass es eben nicht mit einer halben Million zu machen ist. Man könne nicht mit niedrigeren Preisen hineingehen und Maßnahmebeschlüsse organisieren, die wir hinterher aufsatteln.

Damit aber zumindest zu den technischen Fragen, die eine Rolle spielten, Klarheit besteht, erklärte sich Herr Bürgermeister Gröger bereit, 1. über die Länge, 2. über die Kostenaufstellung und 3. auch zu den anderen Punkten, die noch genannt wurden, mit einer Abordnung aus der Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM mit dem Tiefbauamt zusammen die Problematik noch einmal durchzugehen.

Man habe entsprechend dem Maßnahmebeschluss gehandelt, die Planung ausgelöst und die weiterführende Planung für den Haushalt 2008 beantragt. Mehr könne man nicht machen. Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass, wenn die finanzielle Leistungskraft da ist, im Zusammenhang mit der Straßensperrung auch 2009 für den 2. Bauabschnitt gebaut werden kann.

Bezüglich der Anfragen und Dinge, die man miteinander austauschen will, bat **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** zu überlegen, ob dies unbedingt in einer Stadtratssitzung sein müsse, oder nicht direkt im bilateralen Gespräch mit der Verwaltung stattfinden könne, um hier ein Ausufern zu verhindern. Für eine Redezeit gibt es zwar noch keine Begrenzung, man sollte sich aber darauf verständigen, 3 Minuten einzuhalten, damit man die Sitzung straff und zielführend durchführen könne. Wenn es diesbezüglich keine Gegenrede gibt, werde das Präsidium ab jetzt so verfahren.

**Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, verwies auf den Bericht von Herrn Koschig, dass, nachdem sich vor 5 Monaten Bund und Land einig waren, die Fördermittel vom Stadtumbauprogramm nun endlich bei der Stadt angekommen sind. Es sei eine satte Leistung, das in 5 Monaten umzusetzen. Er stellte die Frage, wie der Stand des Sonderprogramms Schulbauförderung ist, was im Zusammenhang mit der Ringschule diskutiert wurde. Ist das in der Stadtumbausumme enthalten, oder ist es ein extra Programm, was kommt.

Es ist nicht im Stadtumbauprogramm enthalten, erwiderte **Herr Wolfram, amt. Dezerent für Jugend und Soziales**. Es ist ein Programm, welches durch das Kultusministerium aufgelegt und zu einem größten Teil aus EU-Fördermitteln kofinanziert wurde. Das Land will die Förderrichtlinie, Zitat wörtlich, „spätestens mit Beginn des I. Quartals für das Land Sachsen-Anhalt“ einstellen. Herr Wolfram habe genauso reagiert wie Herr Dr. Schmidt das eben tat, man diskutiere jetzt ein  $\frac{3}{4}$  Jahr über die Dinge, habe in drei wirtschaftlichen Gremien und beim Städte- und Gemeindebund des Landes Sachsen-Anhalt und in der Präsidiumssitzung der Oberbürgermeister, Stellung zu den Fördermodalitäten genommen. Ergebnis ist, dass das Haus Kultus sie noch nicht verabschiedet hat.

**Frau Andrich, Fraktion Die Linke**, erinnerte an die Vorlage zur Grundsteuer, wozu es auch viele Petitionen aus den Vororten Mosigkau, Kochstedt, Mosigkau, Waldersee, Mildensee gab. Vor 14 Tagen fand im Petitionsausschuss des Bundestages dazu die Anhörung statt. Bedauerlicherweise war die Familie, deren Petition als Leitpetition genommen wurde und die zur Anhörung eingeladen waren, nicht anwesend und konnten nicht gehört werden. Frau Ehlert, die zu einer anderen Petition im Petitionsausschuss war, durfte dazu nicht reden. Frau Andrich informierte, dass die Petition behandelt wurde und es eine Bundesratsratsinitiative zur Novellierung Neu- oder Umgestaltung der Grundsteuer geben wird. So ist es seitens der Bundesregierung im Petitionsausschuss dargelegt worden. Wir warten dann auf die Bescheide, die die Einreicher der Petitionen in der nächsten Zeit erhalten werden.

**Frau Noack, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, bezog sich auf eine Diskussion, die schon einmal in einem öffentlichen Forum am 30.8.2007 zum Thema „Soziale Stadt“ geführt wurde. Sie stellte die Frage, wie der aktuelle Stand ist.

**Frau Jahn, Leiterin des Amtes 61**, erhielt das Rederecht und erklärte, eine entsprechende Vorlage werde im Ausschuss vorgelegt. Es gab schon Abstimmungen mit dem Ministerium, so dass man optimistisch sei, Förderungen erwarten zu können. Man brauche aber die Unterstützung in der Haushaltsplanung im nächsten Jahr.

Man habe seit dem 1.7.2007 die Doppelstadt Dessau-Roßlau, aber immer noch zwei Vorwahlen, merkte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an und fragte, welche Aktivitäten es gibt, um die beiden zu homogenisieren bzw. wann mit **einer** Vorwahlnummer zu rechnen ist. Weiterhin bezog sich Herr Busch darauf, dass bei der Schade-Brauerei die Abrissgenehmigung abgelaufen sei, die Dächer großflächig offen sind und der Winter bevor stehe. Hier stelle sich die Frage, was für den Erhalt des Denkmals geplant ist. Als dritten Sachverhalt sprach er die DENA, Deutsche Energieagentur, an, welche ein Förderprogramm für Schulen hat und stellte die Frage, ob es der Stadtverwaltung bekannt ist bzw. ob es Pläne gibt, an diesem Programm mit den Dessauer oder Roßlauer Schulen teilzunehmen.

Bezüglich des Förderprogramms für Schulen müsse er sich selbst erst sachkundig machen und werde dann auf Herrn Busch zugehen, erklärte **Herr Wolfram, amt. Dezerent für Gesundheit und Soziales**.

Was die Schade-Brauerei betrifft, sei der Eigentümer die Bayrische Haus und Grund, führte **Herr BM Gröger** aus. Man sei mit den zuständigen Verantwortlichen in Verbindung und könne lediglich darauf drängen, dass Ersatz vorgenommen und das Haus weiter geschützt wird. Die Genehmigung sei seines Erachtens wieder erneuert. Für den Fall, dass er den Nachweis nicht führen kann, dass das Objekt nicht unter Denkmalschutz steht, könnte man Druck aufmachen. Wenn es ein Denkmal ist, könne man noch anderen Druck machen. Wenn von diesem Gebäude keine Gefahr ausgeht, werde es problematisch. Herr Gröger werde das Bauordnungsamt beauftragen, Bausicherungsmaßnahmen zu fordern. Mehr könne man nicht machen, weil man über fremdes Eigentum rede. Unabhängig davon laufen weiter mit allen möglichen Leuten Gespräche, die das Gebäude und diesen Standort nutzen wollen.

Was die gemeinsame Telefonvorwahl anbelange, werde er die Frage mitnehmen und dann informieren, erklärte **Herr Oberbürgermeister Koschig**.

**Herr Knop, DVU**, führte aus, wie sicherlich aus der Presse bekannt ist, hat es in der vergangenen Woche in Dessau-Nord einen Anschlag mit Farbbeuteln gegeben. Unbekannte Täter haben ein Gebäude in der Alexandrastraße mit weißer Farbe beschmiert und einen Bürger unserer Stadt in einem Graffiti-Schriftzug als „Nazisau“ bezeichnet. Das Ganze sei schlimm genug, doch sehr viel schlimmer sei es, dass die große Protestwelle, wie sie sonst bei Straftaten gegen Ausländer erfolgt, in diesem Fall ausgeblieben ist, denn das Opfer ist ein Deutscher. Die Täter kommen vermutlich aus dem linkskriminellen Milieu. Vor diesem Hintergrund dürfe er die Stadtverwaltung fragen: Was beabsichtigt die Stadt Dessau-Roßlau zu tun, um politisch motivierte Anschläge gegen Deutsche öffentlichkeitswirksam und auch öffentlich zu verurteilen und in Zukunft nachhaltig zu verhindern?

Jede Farbschmiererei ist eine Ordnungswidrigkeit und werde von uns auch beobachtet, entgegnete **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Die Statistik und die Informationen vom Polizeirevier seien nicht auf rechtsextreme Schmierereien, sondern grundsätzlich auf Schmierereien jeder Art ausgerichtet. Das Polizeirevier bemühe sich schon seit längerem, die Verfolgung sei aber sehr schwierig, die Schmierfinken zu erwischen. Hier sind teilweise sogar Einheiten der Landesbereitschaftspolizei nachts im Einsatz, in der Hoffnung, das einengen zu können. Wie das Problem verfolgt wird, richtet sich nicht nach der politischen Orientierung. Alle Schmierereien sind gleich schlimm.

**Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, bezog sich auf die Brenntage und Qualität der Stadt als Wohngebiet. Es sei nicht neu, es liegen aber aktuelle Fälle vor. Es entscheiden sich qualifizierte potentielle Leute auch gegen Dessau als Wohnstandort und bleiben lieber in Berlin oder ziehen nach Halle wegen gewissen umweltbelastenden Auswirkungen unserer Brenntage. Er fragte, wie die Entwicklung im Vergleich zu 2006 ist. Als Neubürger in Dessau-Siedlung falle ihm das inzwischen direkt auf. Gibt es Bestrebungen, die unterschiedliche Rechtslage im Altkreis Anhalt-Zerbst bzw. Roßlau und Dessau anzugleichen?

Weiterhin fragte Herr Dr. Weber nach dem Stand der Ausschreibung der Bioabfallverwertung. Die Beantwortung könne schriftlich für den Ausschuss erfolgen.

**Herr BM Gröger** erwiderte, zu den Brenntagen liegen in der Verwaltung Hinweise vor. So liege ein Schreiben des Städtischen Klinikums vor, das ganz erhebliche Einwirkungen auf das Wohlbefinden der Patienten und auch des Betreuungspersonals zum Inhalt hat. Das alles werde im Umweltamt gesammelt. Nachdem die Brenntage im letzten Jahr gegenüber dem vorher Praktizierten geändert wurden, müsse man die Erkenntnisse aufnehmen und das Problem erneut thematisieren. Das Umweltamt habe den Auftrag, das weiter aufzunehmen, zu analysieren. Man müsse es erneut im politischen Raum zur Sprache bringen, weil es einer klaren Positionierung des politischen Raumes bedarf.

**Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, führte aus, man konnte der Presse entnehmen, dass Kommunalpolitiker unserer Stadt, oder zumindest ein Teil, Einfluss positiver Art auf Entscheidungen in Magdeburg nehmen konnten. In der Sommerpause erteilte uns die Nachricht, es war kein Gerücht, es war tatsächlich eine entsprechende Vorlage im zuständigen Ministerium, dass der Gerichtsstandort Dessau weiter geschwächt werden soll und zwar durch Abzug des hiesigen Insolvenzgerichtes

und Verlagerung desselben nach Zerbst. Daraufhin haben wir als Stadträte fraktionsübergreifend ein entsprechendes Schreiben sowohl an den Ministerpräsidenten als auch an das Justizministerium gerichtet. Am 4. Oktober kam die entsprechende Nachricht aus der Staatskanzlei, dass diese Pläne vom Tisch sind. Er dankte für die Unterstützung von Herrn Kolze, dass man dieses positive Ergebnis für uns verbuchen kann.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, informierte und lud zum 9. November dieses Jahres, 16.00 Uhr, zur traditionellen Gedenkveranstaltung anlässlich der Pogromnacht des Jahres 1938 in die Marienkirche ein. Die Interessengemeinschaft „Lieder gegen das Vergessen“ führt diese Veranstaltung bereits zum 15. Mal durch. Es sind dort alle Generationen politisch übergreifend aktiv in unterschiedlicher Manier. In erster Linie sind es kulturelle Beiträge, die das Gedenken pflegen. Herr Schönemann bat darum, diese Veranstaltung zu besuchen und den Akteuren dadurch Unterstützung zu gewähren.

## **7. Beschlussfassungen**

### **7.1 Wahl einer weiteren Schiedsperson der Schiedsstelle V der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/139/2007/I-OR**

Die Wahl erfolgte per Akklamation.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 44:00:00

### **7.2 Zeitweise Bestellung eines Hochwasserausschusses Vorlage: DR/BV/168/2007/I-30**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 44:00:00

### **7.3 Berufung sachkundiger Einwohner für den Hochwasserausschuss Vorlage: DR/BV/169/2007/I-30**

**Herr Stadtratsvorsitzender, Dr. Exner**, verwies auf die vorzunehmende Ergänzung unter 5. - Herr Hans-Eberhard Franze.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 43:00:01

### **7.4. Entsendung von zwei Mitgliedern des Stadtrates in die Lenkungsgruppe des Jobcenters SGB II Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/225/2007/V-50**

**Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, zog seine Kandidatur zurück.

**Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** bat die Stadträte, auf den noch auszugebenden Stimmzetteln Herrn Busch zu streichen. Auf die noch verbleibenden 4 Kandidaten sind zwei Stimmen zu vergeben.

Es erfolgte die Ausgabe der Stimmzettel und die Durchführung der Wahl. Der Zählkommission gehörten Frau Andrich, Frau Müller und Herr Glathe an, welche nach dem TOP 7.13 dem Präsidium das Ergebnis der Auszählung der Stimmen übergaben.

Der **Stadtratsvorsitzende, Herr Dr. Exner**, gab das Ergebnis der Abstimmung bekannt:

Von den 44 abgegebenen Stimmen war eine Stimme ungültig.

Es entfielen auf

|                              |            |
|------------------------------|------------|
| Herrn Eichelberg, SPD        | 29 Stimmen |
| Herrn Hoffmann, Die Linke    | 28 Stimmen |
| Herrn Puttkammer, CDU        | 17 Stimmen |
| Herrn Tonndorf, Pro D.-R./FN | 11 Stimmen |

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, und Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, wurden in die Lenkungsgruppe entsandt.

**Abstimmungsergebnis:** lt. Wahlergebnis

#### **7.5 Jahresabschluss 2006 des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau Vorlage: DR/BV/140/2007/V**

**Herr Wolfram, amt. Dezernent für Gesundheit und Soziales**, verwies auf die erfolgte Behandlung der Vorlage in den zuständigen Ausschüssen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 40:00:01

#### **7.6 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau für das Jahr 2006 Vorlage: DR/BV/141/2007/V**

Auch diese Vorlage wurde in den zuständigen Ausschüssen behandelt, merkte **Herr Wolfram, amt. Dezernent für Gesundheit und Soziales**, an.

Der Stadtrat stimmte der Entlastung zu.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:00

**Herr Wolfram, amt. Dezernent für Gesundheit und Soziales**, bedankte sich an dieser Stelle herzlich bei denen, die hier mitgewirkt haben, bei diesem Haus und den Mitgliedern des Krankenhausausschusses, die diesen Prozess begleitet und in vielen wichtigen Dingen das Klinikum beraten und geführt haben, aber auch bei der Leitung des Klinikums, nämlich Frau Süßmilch als Verwaltungsdirektorin, beim Ärztlichen Direktor, Herrn Sagrodnik, und dem Pflegedienstleiter, Herrn Behrend. Gleicher Dank gilt den

vielen, die tagtäglich 24 Stunden in unserem Klinikum Dienst tun. Dieses Ergebnis ist im Land Sachsen-Anhalt bei kommunalen Krankenhäusern nicht üblich. Es bedurfte großer Anstrengungen und Weitsicht und eines großen Maßes an Arbeit. Allen herzlichen Dank.

**7.7 Jahresabschluss 2006 des Eigenbetriebes Stadtpflege Dessau**  
**Vorlage: DR/BV/173/2007/II-EB**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 40:00:01

**7.8 Steuerlicher Gewinn-/Verlustverwendungsbeschluss zum**  
**31. Dezember 2006 der Betriebe gewerblicher Art des**  
**Eigenbetriebes Stadtpflege Dessau**  
**Vorlage: DR/BV/174/2007/II-EB**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:00

**7.9 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes**  
**Stadtpflege Dessau für das Jahr 2006**  
**Vorlage: DR/BV/172/2007/II-EB**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:00

**Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen**, dankte der Betriebsleiterin, Frau Moritz, und den Betriebsausschuss für die gute Zusammenarbeit und die konstruktive Arbeit im vergangenen Jahr.

**7.10 Satzung der Stadtparkasse Dessau**  
**Vorlage: DR/BV/182/2007/II-20**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:00

**7.11 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und**  
**Gewerbsteuer in der Stadt Dessau-Roßlau (Hebesatzsatzung)**  
**Vorlage: DR/BV/180/2007/II-20**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 29:10:02



**7.12 Vermögenshaushalt Jahresrechnung 2006  
Feststellung der zu bildenden bzw. zu übertragenden Haushaltsausga-  
bereste, Feststellung des Ergebnisses  
Vorlage: DR/BV/073/2007/II-20**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 38:00:03

**7.13 Genehmigung von über- u. außerplanmäßigen Ausgaben auf Grund der  
Kreisgebietsreform zum 01.07.2007  
Vorlage: DR/BV/209/2007/II-20**

**Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen**, legte dar, die Vorlage ist begründet in den zusätzlichen Ausgaben, die man durch die Fusion in diesem Jahr habe. Man habe unsere Haushalte zum Jahresanfang geplant mit dem Gebietsstand Stadt Dessau, Stadt Roßlau, Landkreis Anhalt-Zerbst. Die Fusion hat mitten im Jahr zum 01.07.2007 stattgefunden. Die Haushalte für 2007 werden abgerechnet bis zum Jahresende. Für den Teil Anhalt-Zerbst werden die Aufgaben aber bereits von der neuen Verwaltung Dessau-Roßlau wahrgenommen. Für diesen Teil der Aufgabenwahrnehmung für den Landkreis Anhalt-Zerbst haben wir zusätzliche Ausgaben, die allerdings auch durch die anteilig zusätzlichen Einnahmen gedeckt sind. Man schaue in dieser Vorlage auch voraus, dass es uns gelingen wird, die Personalkosten aus unserem eigenen Haushaltsansatz abzudecken. Dass wir dafür also keine zusätzlichen Ausgaben leisten wollen, sondern das durch eigene Einsparungen schaffen wollen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 40:01:00

**7.14 Gemeinschaftsinitiative URBAN II - Änderung Gesamtmaßnahmebe-  
schluss "Umbau ehem. AOK-Gebäude zum Sport- und Kurshaus"  
Vorlage: DR/BV/200/2007/I-80**

**Frau Lohde**, CDU-Fraktion, erklärte sich **befangen** und nahm an der Verhandlung des Tagesordnungspunktes nicht teil. **Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**, verwies auf die ausgereichten Ergänzungsblätter.

**Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, führte aus, Herr Gröger habe bezüglich des Themas B 185 zutreffend gesagt, dass es einer gründlichen Planung bedarf, damit in Zukunft Kostenaufwüchse vermieden werden. Man rede hier über einen erheblichen Kostenaufwuchs von etwa 20 % des ursprünglichen Volumens. Bei der Durchsicht dieser und der ursprünglichen Vorlage, einschließlich des Ausgangsbeschlusses, fiel auf, dass ein Betrag von 100 T€ in den Zahlen nicht nachzuvollziehen ist. Jetzt soll man eine Erhöhung über 227 T€ und 122 T€ ausgehend von einer Berechnungsgrundlage des ursprünglichen Planungsansatzes von 2,551 Mio. € beschließen. Der anfängliche Beschluss, der bisher nicht geändert wurde, ging allerdings nur von 2,451 Mio. € aus, so dass hier 100 T€ verschwunden sind, die als Differenz da sind, ohne dass er dafür eine Erklärung gefunden habe.

Auf die Anfrage eingehend, legte **Herr BM Gröger** dar, man habe diesen Beschluss zum ersten Teil des Gebäudekomplexes AOK gefasst und konnte ihn fassen, indem man sich gemeinsam in der Diskussion darauf eingelassen habe, alles Verfügbare an Mitteln aus URBAN II zusammenzunehmen, um dieses Projekt möglich zu machen. Es ist also ein ganz anderer Ansatz, als man ansonsten bei den Planungen habe, was er bitte zu rekapitulieren. Man habe gesagt, innerhalb dieses Budgets werden wir das Gebäude, AOK-Gebäude alt, als Kurshaus für unser Philanthropinum herrichten, soweit das Geld reicht, damit wir diese Fördermittel, die wir zum Einsatz gebracht haben, die über URBAN zugeordnet und auch mit dem Fördermittelgeber abgestimmt sind, soweit wie möglich ausnutzen.

Wenn man die Vorlage aufmerksam gelesen habe, sei das ein Gemisch aus zusätzlichen Leistungen, weil uns zusätzliches Geld zur Verfügung steht, und einigen Positionen, die ursprünglich überhaupt nicht drin waren, die wir jetzt aufgenommen haben und einigen Positionen, die sich tatsächlich aufgrund der Materialpreise verändert haben. Die fehlenden 100 T€ haben mit den Grundstückskosten zu tun, sind aber Bestandteil des Maßnahmebeschlusses.

Zur weiteren detaillierten Untersetzung bat er um das Rederecht für **Herrn Bekierz, Leiter des Amtes 65**. Dieser führte aus, es sei nicht so, dass die Kosten in dieser Höhe, in der jetzt noch einmal Geld nachgeschoben werden soll, gestiegen sind, sondern es sei ein Gesamtprojekt mit einem Bauvolumen von etwa 5 Mio. €. Man rede hier vom Sport- und Kurshaus am Philanthropinum, inklusive einer seit langem benötigten und dringend zu bauenden bis heute noch nicht ausfinanzierten Zweifeldhalle. Es gab die Chance, mit URBAN II-Mitteln dieses Projekt zu beginnen und wie Herr Gröger schon sagte, hatten wir aus den zur Verfügung stehenden Mitteln ein Budget gebildet und gesagt, wir müssen versuchen, so viel wie möglich bei unserem Sport- und Kurshaus, inklusive Zweifeldsporthalle mit diesem 1. Budget umzusetzen. Der Rest kommt dann beim 2. Bauabschnitt. Es wurde dann eingeschätzt, in der Lage zu sein, diesen 1. Bauabschnitt ohne jede Veränderung des Budgets zu Ende zu bringen. Unsere Einschätzungen beinhalten eine Liste von Wünschen, die als Ergänzung kommt, wenn es günstiger ist als eingeschätzt und eine Liste für Streichungen, die sich im Fall von Kostenerhöhungen ergeben. D. h., was wir normalerweise mit dem Einstellen von Reserven bei einem normalen Maßnahmebeschluss machen, haben wir hier über mögliche Streichungen und mögliche Ergänzungen geschaffen. Wir können ohne Erhöhung des Budgets zu Ende kommen. Allerdings ist das, was wir dann schaffen, funktionell natürlich nicht so gut, wie das was wir mit den restlichen URBAN-Mitteln im 1. Bauabschnitt hinkommen würden. Im 2. Bauabschnitt werden wir das Geld aufbringen müssen, wissen aber heute noch nicht, wie dieser finanziert wird und wie eine mögliche Förderung dort aussieht. **Herr Bekierz** gab zur Kenntnis, bezüglich der URBAN-Mittel rede man hier von Einsparungen. Die Projekte Altes Theater und AOK sind vollständig über Einsparungen der URBAN-Projekte finanziert, d. h. die sich jetzt noch ergebenden URBAN-Einsparungen würden zurückgegeben. Die gesamten ausgewiesenen Efre-Mittel geben wir an die Europäische Union zurück. Genau das wollte man nicht, weshalb er um Bestätigung der Vorlage bat, um sie in Dessau-Roßlau schon im 1. Bauabschnitt einsetzen zu können. Zu den 100.000 € gibt es eine 1. Änderung des Maßnahmebeschlusses, der im politischen Raum entsprechend eingebracht und bestätigt wurde.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, unterstrich als Vorsitzender des entsprechenden Fachausschusses mit Nachdruck, dass das Stimmergebnis aus der Vorlage ein-

deutig ist. Man habe genau diese jetzt erörterten Fragen noch einmal auf die Raufe genommen und es sich nicht leicht gemacht. Man sei aber zur gleichen Quintessenz gekommen. In diesem Sinne solle der Intention des Fachausschusses gefolgt werden, denn man sei auf dem richtigen Weg.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 40:00:03

**7.15 Weitere Verfahrensweise für den Stadtumbau auf der Basis des Leitfadens Landschaftszug  
Vorlage: DR/BV/126/2007/VI-61**

Aus der letzten Evaluierung hatte man den Auftrag erhalten, einen Leitfaden zu entwickeln, wie man mit den dazu gewonnenen Freiräumen in dieser Stadt umgehe, erklärte **Herr BM Gröger**. Dieser Leitfaden ist im Ausschuss einstimmig zur Behandlung empfohlen worden.

**Frau Noack, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, führte aus, der Leitfaden lese sich sehr schön, aber konzentriere sich stark auf den Landschaftszug. Sie wünsche sich, dass es im Nachgang dann auch einen Leitfaden für die sog. urbanen Kerne geben wird, an dem dann gearbeitet wird. In diesem Zusammenhang könnte sie der Vorlage zustimmen, wenn sie wüsste, dass es irgendwann eine Beleuchtung der sozialen baulichen Probleme und der sog. urbanen Kerne gibt.

Es ist bereits vorgesehen, noch in diesem Jahr eine ähnliche Evaluierung der urbanen Kerne in den Ausschuss zu bringen, wie man das im vergangenen Jahr getan habe für den Landschaftszug, erwiderte **Herr BM Gröger**. Es werde in dieser Eigenevaluierung genauso vorgegangen wie beim Landschaftszug.

Der Abriss ist zuerst gekommen, weshalb man zunächst in der Rangfolge mit den landschaftlichen Zonen reagieren musste, obwohl die richtige Reihenfolge andersherum gewesen wäre. Das hing aber mit der Förderpolitik zusammen. Diese Dinge werden sich im I. Quartal 2008 in einem viel deutlicheren Bild zeigen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 34:00:10

**7.16 Beschluss über die Änderung des Geltungsbereiches und die frühzeitige Bürgerbeteiligung des Vorentwurfes des Bebauungsplanes Nr. 114-A "Hochschule Anhalt (FH)"  
Vorlage: DR/BV/124/2007/VI-61**

**Herr Bürgermeister Gröger** verwies auf das klare Abstimmungsergebnis des zuständigen Ausschusses. Die ausgehangenen Pläne zeigen, dass das Gebiet erweitert und insbesondere unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Planfeststellungsbeschlusses über die Bahnhofstraße in einem Plan zusammengefasst wurde. Damit besteht für den Bereich, auch als urbanen Kern für die IBA 2010, eine saubere, rechtliche und gesicherte Planungsgrundlage.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 44:00:00

**7.17 Beitritt der Stadt Dessau-Roßlau zur Erklärung von Barcelona  
"Die Stadt und die Behinderten"  
Vorlage: DR/BV/057/2007/ Link**

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, stellte die Frage, ob man im Zusammenhang mit dem Konzept des Stadtumbaus im Rahmen der Vorbereitung der IBA diese Komponente mitbetrachten könnte.

Vieles, was in dieser Erklärung steht und was wir mit einem Beschluss zum Beitritt zu dieser Initiative an Verpflichtungen eingehen, sei ein alltägliches Geschäft der Verwaltung, erläuterte **Herr BM Gröger**. Wird hier der Beschluss gefasst, sei es notwendig, noch einmal eine Gesamtbestandsanalyse zu machen, um herauszufinden, wo sich ein weiterer Handlungsbedarf ergibt, weil es nicht schon übliche Verwaltungspraxis bei allen öffentlichen Investitionen, sowohl im Freiraum als auch in den urbanen Kernen ist. Wenn man ein Alleinstellungsmerkmal habe, müsse man herausfinden, inwieweit man das in die IBA 2010 bringe. Dazu müsse man sehen, ob man etwas ganz Besonderes hat. Wenn man etwas herausgefunden habe, müsse man sehen, ob man sich das leisten kann. Wenn man das gefunden habe, sage er ja, das ist ein Alleinstellungsmerkmal, wir tragen es mal dem IBA vor.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 43:00:01

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

## **10. Schließung der Sitzung**

**Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** stellte fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt und schloss die Sitzung.

Dessau, 12.11.07

---

Dr. Stefan Exner  
Vorsitzender Stadtrat

---

E. Baumer  
Schriftführerin